

## Schauprozess statt Schuldbekennnis Sündenböcke für die SED-Mißwirtschaft — Das Sabotage-Märchen

Neun Jahre verheerender Landwirtschafts-Politik scheinen sich in diesem Jahr für die SED abzuzahlen. Wenn die Fachleute recht behalten, wird die Versorgung der Zone mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln im Herbst wieder überaus schlecht sein. An Planerfüllung ist nicht zu denken. Die Zwangskollektivierung, die Korruption und Unfähigkeit auf den Staatsgütern und vor allem die Vertreibung der Bauern haben dies fertiggebracht. Wenn die SED die Schuldigen dafür suchte, könnte sie sie nur in den Reihen ihrer höchsten Funktionäre finden. Gerade deshalb werden jetzt vorbeugend wieder andere als Sündenböcke gesucht, „Schädigungsprozesse“ gegen die eigenen Unterfunktionäre finden statt und die Propaganda versucht wieder einmal den Eindruck zu erwecken, „unbekannte Saboteure und Agenten“, die mit Brandplättchen und Giftampullen durch die volkseigene Landschaft ziehen, seien an der kommenden — und vielfach bereits sichtbaren — Ernährungskrise schuld.

Erst dieser Tage wurde in Frankfurt/Oder der Prozeß gegen die SED-Funktionäre Wolff, Golz, Müller und andere mit einem Todesurteil und hohen Zuchthausstrafen abgeschlossen. Diese SED-Wirtschaftsfunktionäre, denen ein wesentlicher Teil des staatlichen Güterkombinats Polßen unterstand, hatten jahrelang schlecht gewirtschaftet — wie andere auch. Ihnen vorgesetzte Staats- und Parteifunktionäre versorgten sie mit den Gutserträgen.

Es ist kein Geheimnis, daß die staatlichen Güter Brutstätten der Mißwirtschaft sind. Völlig unqualifizierten Funktionären werden teilweise schwer kontrollierbare Kapitalmengen anvertraut und Aufgaben gestellt, die sie aus Mangel an Fachkenntnissen gar nicht erfüllen können. Es gibt heute kaum ein „volkseigenes“ Gut, in dem die Bilanzen stimmen, das nicht enorme Finanz-Zuschüsse braucht und von dem die örtlichen SED- und FDGB-Leitungen sowie die Staatsverwaltungen nicht erwarten, daß es ihnen die notwendigen Naturalien beschafft. Das ist 1954 in

der Zone nicht anders als es 1947 war.

Wollte man hier die Beteiligten vor Gericht stellen, müßte man ganze Parteileitungen und Staatsbehörden liquidieren. So greift man sich wie in Polßen einige kleine Funktionäre heraus, und, um dem Zweck zu dienen, wurde sogar ein Todesurteil gefällt. Die Anklageformulierung ist unerheblich: 6700 Schweine vernichtet, davon 3500 durch „vorsätzliche Verbreitung der Schweinepest“. Außerdem Unterschlagung von 2200 Doppelzentnern Schweinefleisch, 120 000 Liter Milch usw. Jetzt plötzlich ist das aufgefallen!

Und was die Schweine anbelangt: Seit die „sowjetischen Neuerer-Methoden“ in der Schweinezucht eingeführt wurden und man plötzlich Hunderte von Schweinen in schlechte Ställe pferchte, haben die Fachleute vor Seuchen gewarnt. Tatsächlich brachen sie auch aus. Überall griff von den volkseigenen Gütern und Mastanstalten her die Schweinepest um sich.

Und die Brandplättchen, die geheimnisvolle Agenten allnächtlich abwerfen sollen, um

die zunehmenden Ernte- und Waldbrände zu begründen? Jeder Brand entstand bisher durch Funkenflug der sowjetischen Braunkohlen-Eisenbahn oder durch die schadhafte und veraltete Gutsmaschinen. Wo man Kabel verlegen muß, die nicht isoliert sind, wo die Eisenbahn wie ein Kometenschweif funkensprühend durch die Gegend zieht, wo Ortsfeuerwehren noch mit Leiterwagen ausrücken müssen, weil die „Gesellschaft für Sport und Technik“ die wenigen IFA-Wagen braucht, da bedarf es keiner Agenten und keiner imaginären Brandplättchen.

1949 kam die Geschichte mit dem abgeworfenen Kartoffelkäfer auf, 1950 waren es Phosphorflaschen die festgestellter Agenten, 1951 die „vom Westen böswillig eingeschleppte Schweinepest“ (die der Westen gar nicht hatte), 1952 kamen wieder die Kartoffelkäfer, 1953 war der 17. Juni schuld und 1954 sind es die „SS-Banditen“ mit dem SED-Parteibuch samt Brandplättchenverteiler. Wenn sich die SED nach ihrem diesjährigen Mißerfolg nicht etwas Besseres überlegt, läuft sie Gefahr, in einen langweiligen Turmus zu verfallen, in dem als Schuldige Agenten und Kartoffelkäfer jeweils abzuwechseln. Oder sie bleibt bei der Methode 1954 und rötet ihre eigenen Funktionäre aus.

Das warnt vielleicht manchen SED-Gewaltigen auf dem Lande vor zu großen Mißgriffen. Aber es ändert nichts an dem trostlosen Zustand der Landwirtschaft, an dem letzten Endes niemand schuld ist als die von Kolchosen-Plänen und „Neuerer-Methoden“ besessenen Funktionäre am grünen Tisch in Pankow.

J. B. Gradl:

## Die Zeit reift

Wie im Wetter verleugnet sich der Sommer auch in der Politik. Früher einmal war der Sommer politische Ruhepause. Dieser Juli aber hat es in sich. Indochina und EVG — man braucht die beiden Begriffe nur zu nennen, um die Mittelpunkte der Auseinandersetzungen auch für den nicht passionierten Politiker zu kennzeichnen. Beide aber bedeuten viel mehr als das, was sie konkret ausdrücken. In Wirklichkeit geht es in Genf, wo die entscheidende Schlußphase der Asienkonferenz beginnt, darum, ob es gegenwärtig realen Sinn hat, auf politische Einsicht des Ostens und eine Spannungsminderung zwischen West und Ost zu hoffen. Und bei der EVG geht es nicht nur um Militärpolitik, sondern um Tempo, Art und Maß europäischer Gemeinschaftsbildung und um die künftige Position der Bundesrepublik, deren Besatzungsstatut im zehnten Besatzungsjahr liquidationsreif ist und — wie Eisenhower und Churchills jüngste Erklärungen erneut zeigen — zumindest von den beiden angelsächsischen Besatzungsmächten auch als überfällig empfunden wird.

### Marokko statt Indochina?

Indochina und EVG, in beiden Bereichen hat Frankreich eine Schlüsselposition, und beide hängen für Frankreich, so sehr es auch gelegentlich bestritten wird, politisch eng zusammen. Frankreich will und braucht die Beendigung des Indochinakonfliktes. Es ist sicher, daß Frankreich an die Frage der EVG und der künftigen Stellung der Bundesrepublik freier und großzügiger herangehen könnte, wenn nicht der beständige wirtschaftliche und militärische Aderlaß in Indochina an ihm zehrte. Doch drängt sich gleich die Frage auf, ob der Osten den Weg zum Frieden in Indochina freigibt, wenn er mit einer anschließenden Entscheidung

Frankreichs für die EVG rechnen muß. Man kann diese Frage nicht verbindlich beantworten, denn sie hängt davon ab, wie weit Peking sich von der Anti-EVG-Politik Moskaus in seinen Entscheidungen bestimmen läßt — und das weiß niemand. Aber selbst wenn es zum Frieden in Indochina käme und Frankreich sich von dorthin völlig frei für Entscheidungen seiner EVG- und Deutschlandpolitik fühlen sollte, bliebe die Frage noch offen, ob der Kreml nicht andere Hemmungen auslösen wird. Es sträubt sich einiges gegen die Annahme, daß der aufflammende Bürgerkrieg in Französisch-Nordafrika zufällig in diese Zeit fällt. In der letzten Woche gab es eine Meldung, daß die nationalistischen Rundfunksendungen nach Tunis und Marokko vom Sender Budapest kämen. Wenn die Nachricht zutrifft, dann ist gewiß, daß die Initiative nicht von Ungarn, sondern vom Kreml ausgeht. Soll die Hypothek Indochina, die jetzt noch auf Frankreich lastet, durch die Hypothek Marokko ersetzt werden?

### Fällige Entscheidung

Die Situation der Franzosen ist schwierig, aber bei allem Verständnis für die französische Situation bleibt dennoch übrig, daß Frankreich sich hinsichtlich der EVG nun entscheiden muß. Sollte es sich negativ entscheiden oder die Entscheidung weiter hinauszögern, so braucht deshalb die westliche Politik in Europa nicht stillgelegt zu werden, und sie darf es auch nicht. Die in den Londoner Verhandlungen bereits begonnene Aufgabe wird dann sein, den Weg zur deutschen Souveränität und Selbstverteidigung trotzdem zu öffnen, ohne dabei das französische Empfinden unnötig zu reizen. Deutsche Wiederbewaffnung braucht vom Zeitpunkt ihres Beginnes bis zu einer auch nur bescheidenen Vollkommenheit geraume Zeit. In dieser Aufbauzeit und für den Aufbau ist es nicht entscheidend, ob die deutschen Verteidigungskräfte, deren Stärke ohnehin begrenzt bleiben wird, später in einen EVG-Verband, in die NATO, in eine Koalition oder in eine andere Gemeinschaftsordnung eingebracht

werden. Es ist sogar denkbar, daß sich später mit Frankreich andere und vielleicht sogar bessere Möglichkeiten finden lassen. Eines allerdings darf auch im Zwischenstadium nicht geschehen: nämlich eine „Wiederbewaffnung unter entwürdigenden Bedingungen“, gegen die sich auch der Bundeskanzler in seinem viel besprochenen Interview vor einer Woche gewandt hat. Würde dieser Fehler gemacht, dann würde auch das künftige Verhältnis zwischen den nationalen europäischen Einheiten von vornherein schwer belastet.

Mehr als zwei Jahre sind verflossen, seit die Verträge geschlossen wurden, in denen der Bundesrepublik Souveränität und die Fähigkeit der Selbstverteidigung versprochen wurden. In beiden Hinsichten sind die vergangenen Jahre eine zwar nicht verlorene, aber doch nicht genügend genutzte Zeit. Solange die Bundesrepublik ein — das Wort sei gestattet — wehrunfähiges und im Besatzungsstatut erstarrtes Gebilde bleibt, hat das freigebliebene Europa keine volle politische Wirkkraft und so lange ist dieses Europa für den Kreml kein genügender Grund, seine Expansionspolitik hier zu revidieren.

### Erlebnis und Mahnung

Das aber ist das entscheidende Ziel deutscher Politik und, wie wir zutiefst überzeugt sind, auch einer wohlgemeinten Politik für Europa. Deshalb sollte uns niemand verübeln, wenn wir ungeduldig werden, um weiterzukommen, und wenn wir alles Geschehen unter dem Gesichtspunkt des Strebens nach Wiedervereinigung kritisch prüfen. Kein Franzose würde in vergleichbarer Lage anders handeln. Uns brennt das gesamtdeutsche Feuer auf den Nägeln in Anbetracht der Tatsache, daß fast ein Drittel unseres Volkes nun schon im zehnten Jahr kommunistischer Bedrückung lebt. Alle Berichte von dem Evangelischen Kirchentag in Leipzig sind voll der Größe des Erlebnisses, aber auch der Größe mitteldeutscher Sehnsucht, wieder in der Einheit, Freiheit und Geborgenheit eines ganzen Deutschland zu leben. Um so stärker ist unsere Verpflichtung.

# Leipzig war ein gesamtdeutsches Erlebnis

## 650 000 bei der Schlußkundgebung — Die eindrucksvollste Versammlung

Hunderttausende von Teilnehmern des 6. Evangelischen Kirchentages in Leipzig berichten jetzt nach ihrer Heimkehr in der Sowjetzone, in Berlin und in der Bundesrepublik von dem Erlebnis dieses großen Treffens, das wieder einmal Deutsche mit Deutschen zusammenführte und, wie Kirchentagspräsident von Thadden-Trieglaff auf der Schlußkundgebung sagte, die „vielleicht eindrucksvollste Jahresversammlung seit dem Bestehen der gesamtdeutschen evangelischen Laienbewegung“ war.

Schon bei der überwältigend herzlichen Begrüßung der westdeutschen Gäste durch die Leipziger spürte man die Atmosphäre der Gemeinsamkeit, in der alle Teilnehmer lebten. Etwa 80 000 Menschen, viel mehr als man erwartet hatte, nahmen an dem Eröffnungsgottesdienst teil.

Das Messegelände reichte in den nächsten Tagen nicht aus, um alle Teilnehmer an den Arbeitsgruppen aufzunehmen: Aus der Sowjetzone waren so viele Christen privat und ohne Vermittlung der Gemeinden nach Leipzig gereist, daß die Teilnehmerzahl die 60 000, die man erwartet hatte, weit überschritt. Die Diskussionen rührten an echte Lebensfragen.

Über die Haltung des Christen zum Eigentum und zum Besitz sagte z. B. Klaus von Bismarck, der Leiter der kirchlichen Sozialakademie von Nordrhein-Westfalen, Vertriebener aus Ostpommern, vor 8000 Zuhörern, der Christ müsse frei dazu bleiben, liebgewordene Eigentumsvorstellungen aufzugeben und ohne politische Befangenheit an der Brüderlichkeit festzuhalten. „Gott führt uns dahin, wohin wir nicht wollen“, sagte v. Bismarck. „Er lehrt uns, daß christlicher Glaube nicht zwangsläufig mit einer kapitalistischen oder liberalen Wirtschaftsordnung verbunden sein muß. Er lehrt uns aber ebenso, die Gefahr einer Kollektivwirtschaft erkennen, die den Menschen in die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit eines Systems bringt.“ Der Redner vertrat in der anschließenden Diskussion die Ansicht, daß es kein Recht zu einer entschädigungslosen Enteignung gebe, nur weil sie als Aktion des Staates angesehen werde.

250 000 Menschen hatte man zur Schlußkundgebung auf der

Rosental-Wiese erwartet — und 650 000 kamen! Das Wort des Kirchentages 1954 wurde von Generalsekretär Pastor Giesen verlesen. Darin heißt es: „Wir

## Die Glocken sind nicht verklungen

DT. Wer heute und morgen durch Leipzig geht, wird sich wieder ganz in einer sowjetzonalen Stadt befinden. Vier Tage lang schien dieses Leipzig jenseits aller Zonen und Zonen-eigentümlichkeiten zu leben. Erfüllt von dem Bekenntnisdrang und der begegnungsuchenden Sehnsucht Hunderttausender deutscher christlicher Menschen war Leipzig auf eine symbolhafte Höhe gehoben worden. Ist das alles vorbei?

Ist das, was mit Ernst, mit Mut, mit Sorge, aber auch mit Freude gesagt wurde, verklungen und verweht? Ist das gewaltige schlichte Kreuz, das in der sowjetischen Messehalle vor den großen Glasscheibenfenstern mit der Darstellung des Krenn aufgestellt worden war, nun wieder beseitigt, um die acht Meter hohe Figur Stalins allein bestehen zu lassen?

Alle, die am Evangelischen Kirchentag in Leipzig teilgenommen haben, wissen und bezeugen übereinstimmend: Was dort einem jeden vermittelt wurde, war eines von jenen seltenen intensiven Erlebnissen, die bleibend sind, die lebendig weiter wirken und sich entwickeln in den Herzen und Seelen der unmittelbar Beteiligten sowie darüber hinaus in den christlichen Familien, Gemeinden, Gemeinschaften beider Teile Deutschlands. Leipzig mag äußerlich sein seit langem leider schon gewohntes graues Alltagsbild zurückerhalten haben. Doch auf dieses Äußerliche kommt es jetzt und künftig genau so wenig an wie auf das Äußerliche während des Kirchentages.

sind aufs neue beunruhigt worden über die Spannungen und Gegensätze im politischen und geistigen Leben der beiden Räume, in denen wir getrennt voneinander leben müssen.“ Die Christen Deutschlands ließen sich nicht in den Haß gegeneinander treiben. Für sie gelte die Losung des Kirchentages „Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet“.

Denn der Kirchentag war eine Tagung der Verinnerlichung. Was an Äußerlichkeiten zu registrieren gewesen ist, mag „interessant“ gewesen sein; daß hier prominente Persönlichkeiten aus „Ost“ und „West“ am „ovalen Tisch“ zusammengesessen haben (ohne sich gegeneinander in politisierender Diskussion die Köpfe heiß geredet zu haben); daß hier ein Kulturminister J. R. Becher eine eigene Propagandatagung für seine „DDR“ durchführen wollte (und dabei restlos von freimütig vorgebrachten Gegenargumenten in die Enge getrieben wurde); daß hier ein stellvertretender Ministerpräsident Otto Nuschke Straffreiheit für offene Worte zusicherte (und dadurch indirekt das sonstige Verbot des freien Wortes bestätigte); daß hier schließlich die Vopo ein „freundliches“ Gesicht zeigen mußte, wie es die Bevölkerung freiwillingig aus voller Sympathie für die westlichen Besucher tat (zum Ärger der mißmutig beobachtenden Staatsfunktionäre), — das mögen, wie gesagt, interessante Äußerlichkeiten gewesen sein. Aber selbst von diesen Äußerlichkeiten im Rahmen des Kirchentages gingen Wirkungen aus.

Es ist festzustellen, daß das innere Erlebnis des Kirchentages nicht aus etwas Abstraktem gewachsen ist, sondern aus den Realitäten, die sich in Leipzig eindringlich darboten. Eine solche Realität war die große Masse der Teilnehmer. Wenn sich in einem Gebiet, das sonst nicht vom Begriff der Freiheit gekennzeichnet wird, Hundert-

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Die Glocken sind nicht verklungen

(Fortsetzung von S. 3)

tausende freiwillig aus gleicher Gesinnung zusammenfinden, dann bewirkt die Gewißheit „wir sind viele“ untrügerisch das Bewußtsein von Zuversicht, von Glauben an die eigene Sache, von Kraft.

Da es den Hunderttausenden (die stellvertretend für Millionen in Leipzig waren) aber um ein religiöses Anliegen ging, so mußte dieses religiöse Anliegen gerade auch von den Außenstehenden als ein Faktor, als eine Tatsache empfunden werden. Der marxistische Materialismus ist nie bereit gewesen, geistige Kräfte als echte, wirksame, geschichtsbildende Kräfte anzuerkennen. Hier in Leipzig, inmitten seines staatlich unterbauten Herrschaftsbereiches, wurde ihm der Beweis erbracht.

Die im Geistigen und Religiösen wurzelnden, aus dem Inneren des Menschen kommenden und an sein Inneres appellierenden Kräfte sind Realitäten! An ihnen kann kein Theoretiker und Praktiker des Materialismus vorbeigehen, und diese Realitäten sind — wie Leipzig ebenfalls bewies — keine Sache des stillen Kämmerleins. Sie lassen sich auch nicht ein- und abkapseln in Behäusern, Sie drängen auf ihre Weise — nämlich außerhalb der üblichen politischen Bahn — zur Auswirkung und zu Konsequenzen.

Sie sind ihrem Wesen und ihrem Ursprung nach unpolitisch, aber sie sind auch für die Politik und die Politiker von höchster Bedeutung.

Das sollte nachdenklich machen, vor allem jene, die in illusionistischer Selbsttäuschung nun gern aufatmen möchten, weil Leipzig nach vier Tagen jetzt nicht mehr im Zeichen des Kreuzes stehe. Doch dieser Kirchentag wird nachhallend weiterwirken, auch wenn das Kreuz aus der Leipziger Sowjethalle wieder entfernt wird, auch wenn in den Sälen und auf dem Platz nicht mehr laut das gemeinschaftliche Gebet zu hören sein wird, sondern die unbeachteten Spruchbänder und Embleme eines längst widerlegten materialistischen Diesseitiglaubens erneut angebracht werden, der vergänglich ist.

## Kein Verzicht auf die Heimat

Treffen der Vertriebenen — „Europäische Meilensteine“

Berlin (Eigenbericht). In mehreren Städten der Bundesrepublik haben in den letzten beiden Wochen eindrucksvolle Treffen der Heimatvertriebenen stattgefunden. Bundesvertriebenenminister Oberländer bezeichnete diese Heimattage auf dem Bundestreffen der Landsmannschaft Westpreußen in Bochum als „Meilensteine auf dem Wege zu einem vereinigten Europa“. Über die Wiedervereinigung Deutschlands hinaus müsse man zu einem Gesamt Europa gelangen.

Der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, betonte auf diesem Treffen, die deutschen Rechtsansprüche auf die Gebiete, die unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehen, schlossen nicht aus, daß man sich um einen Modus vivendi im Osten bemühe. „Wir werden die Entwicklungsmöglichkeiten sorgfältig durchdenken und Alternativlösungen erarbeiten müssen.“

Über 150 000 Teilnehmer erschienen zu der Hauptkundgebung des nordwestdeutschen Schlesiertreffens auf dem hannoverschen Messegelände.

Der niedersächsische Vertriebenenminister Schellhaus sagte, bei der Vertreibung seien über 500 000 Schlesier umgekommen. Trotzdem hätten die Vertriebenen dem Haß, der Rache und der Vergeltung abgeschworen. Das bedeute jedoch nicht, daß sie auf ihr Recht der Rückkehr in die Heimat verzichten.

Bundeskanzler Adenauer versicherte in einem Schreiben, daß die Bundesregierung nichts unversucht lassen werde, mit friedlichen Mitteln die angestammte Heimat wiederzuerlangen. Die Oder-Neiße-Linie werde dabei nicht Deutschlands Grenze sein.

## Um die deutsche Souveränität

London (AP/DPA). Der Bundesrepublik wird möglicherweise noch im August die Souveränität auf allen Gebieten außer militärischen Angelegenheiten gewährt werden. Die britisch-amerikanischen Besprechungen über diese Frage wurden jetzt in London beendet.

Nach Mitteilung unterrichteter Kreise wurde der Entwurf eines kurzen Viermächtevertrages ausgearbeitet, der zunächst von den USA und Großbritannien gebilligt werden muß. Anschließend soll der Vertrag Frankreich und den Benelux-Staaten sowie den übrigen Mitgliedern der NATO unterbreitet werden. Der Vertrag solle an den Deutschland-Vertrag angehängt werden und das Junktim zwischen diesem Vertrag und dem EVG-Vertrag lösen.

## Die Taten des Kreml

Berlin (DPA). Der Kersten-Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses, der die kommunistischen Aggressionsmethoden untersuchen soll, hat seine zweitägigen Zeugenvernehmungen in Berlin abgeschlossen.

Der Vorsitzende Kersten erklärte in einer Pressekonferenz, die innere Opposition in den sowjetisch beherrschten Ländern sei so stark, daß sich nach seiner Ansicht bei freien Wahlen neun von zehn Wählern gegen das bestehende Regime aussprechen würden. Als Ziel seines Ausschusses bezeichnete es Kersten, „die ruchlosen Taten des Kreml zu dokumentieren, so daß sie in die Weltgeschichte aufgenommen werden als eines der schändlichsten Kapitel aller Zeiten“.

## Abrechnung mit Rotchina

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower hat bestätigt, daß er unabänderlich an seinem Widerstand gegen die Aufnahme Rotchinas in die UN festhalten werde.

Eisenhower erinnerte an folgende Tatsachen: Die UN haben Rotchina zum Aggressor in Korea erklärt, China befindet sich praktisch noch immer mit den UN im Krieg; Ministerpräsident Tschu en-Lai hat in Genf die UN verleumdet; Rotchina unterstützt die Kommunisten in Indochina.

# SED auf „Trampelfüßchens“ Pfaden

## Kommunisten spielen Spießbürger - Die kitschige Kulturfassade

Als Lenin in den zwanziger Jahren die NEP, den „Neuen Kurs“ der Sowjetunion, verkündete, entstand vorübergehend eine neue Art der Kulturpropaganda, die die Sowjetliteraten wegen ihres Doppelcharakters scherzhaft „Trampelfüßchen“ nannten. Es war die Manifestation des roten Spießbürgertums, die der NEP-Politik entsprach, ohne ernst gemeint zu sein, und von der sich die Sowjetkultur in vielen Dingen bis heute nicht hat lösen können. In der Sowjetzone hat die gleiche Entwicklung mit der Verkündung des „Neuen Kurses“ begonnen: FDJ-Zeitungen drucken neckische Liebespostkarten ab und der Agitator bindet sich wieder den HO-Schlips um zum Referat über den Maximalproft.

Es begann damit, daß die Kulturfunktionäre kurz nach Verkündung des Neuen Kurses entdeckten, ihre Filme seien langweilig, die Lieder sprächen immer nur von Kampf und Sieg, ein fader Rundfunk laufe Gefahr, abgestellt zu werden, und ein HO-Lokal werde nicht dadurch attraktiver, daß man es Nr. 17 nennt. Es hat Kämpfe darum gegeben. Schließlich siegte das Vorbild der sowjetkulturellen NEP.

### Nein, wie fröhlich

Eine gelenkte „Kultur“ kann von einem Tag auf den anderen umschalten. Auf einen Schlag schwelgten die Sowjetzonen-Sender in süßlichen Foxtrott-rhythmen, die Zeitungen brachten „Ülk“ und Kreuzworträtsel. Anfangs wurde in den Rätseln noch nach dem ersten Vorsitzenden der FDJ und Bahnhöfen der Moskauer Untergrundbahn gefragt, später ließ man Nurmi als weltbekanntesten Sportler mit fünf Buchstaben zu. Neue Lieder kamen auf, die so abgeschmackt waren, daß sie wirklich Heiterkeit verbreiteten. Eines hieß „Jung sind wir und küssen uns“ und war von einem FDJ-Dichter, der bis dato Marschlieder komponierte.

So kamen die Heiterkeits-Funktionäre nicht über ein krampfhaftes „Nein, was sind wir fröhlich!“ hinaus. Man half sich jetzt, indem man Westberliner Künstler zu verpflichten suchte. Die meisten lehnten ab. Einer, der sich den Spaß machte, auf das kommunistische Liebeswerben einzugehen, Leiter einer der bekanntesten westdeutschen Tanzkapellen, hat die SED-Kulturpöppe in tödliche Verlegenheit gebracht: er arrangierte ein Konzert im Ostberliner Friedrichstadt-Palast.

Vor 2500 Ostberlinern und Sowjetzonenbewohnern, die sogar aus Mecklenburg und Sachsen kamen, und 500 Funktionären. Das wurde ein Konzert, bei dem die 2500 vor Begeisterung tobten. Die 500 Funktionäre versuchten zu pfeifen, bis man ihnen den Mund zuhielt oder sie selbst begeistert auf die Stühle stiegen. Seither gibt es im Friedrichstadt-Palast wieder sanftmütig-süßliche Schläger und „Kulturprogramme“ wie gehabt.

### Dummenfang mit „Alt-Berlin“

Was ein richtiger Berliner ist, der liebt seine Stadt, und der Ältere liebt sein Alt-Berlin. Nun liegt dieses Alt-Berlin zumeist rund um den Alexanderplatz, die Spree-Insel und den Köllnischen Markt. Was lag den „Trampelfüßchen“ der SED-Kultur näher, als mit diesem Alt-Berlin auf Dummenfang zu gehen. Plötzlich wurden Kremserfahrten veranstaltet, das Ermeler-Haus, eines der von den Sowjets weitgehend ausgeplünderten privaten Museen, restauriert und HO-Kneipen im Alt-Berliner Stil angelegt.

Der Erfolg? Gewiß kamen auch die Westberliner, um sich dieses ihr Berlin, daß sie trotz SED nie abgeschrieben haben, anzusehen. Aber jeder kam mit einem beklemmenden Gefühl zurück, der Naivste merkte den Betrug. Hier wurde eine Fassade aufgebaut, hinter der irgend jemand etwas zu verstecken hatte. In der Alexanderstraße wurden Kartoffelpufferküchen und Brezelbuden aufgebaut. Wenn man sich umdrehte beim Pufferessen, starrte man in zugemauerte Fensterhöhlen, über die die Brezelbäcker ungern Auskunft gaben:

das SSD-Gefängnis Dircksensstraße.

Und so ist es überall. Für die SED ist dieses vielfach variierte Alt-Berlin die sowjetisch nachgeahmte Restauration des Spießbürgertums. Die SED pfeift auf Alt-Berlin. Wenn sie es heute schon könnte, würde sie den ganzen alten Stadtteil wie das alte Schloß in die Luft jagen und Kasernenblöcke à la Stalin-allee dorthin stellen. So ist es nichts weiter als: „Seht doch, wir sind ja gar nicht so, wie man uns immer sieht. Spießbürger aller Sektoren. Eure Partei ist die SED!“

### Sozialistisches Fronttheater

Der sowjetisch verstandene Sozialismus ist das unabgewandelte Fernziel der SED. Alles, was diese Partei heute auf dem „Sektor Kultur“ fabriziert, ist Theater, sozialistisches Fronttheater sozusagen. Da bringt die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ jetzt Bilder von drallen Traktoristinnen im unverkäuflichen Pullover des Instituts für Bekleidungskultur, die sich über Bretterzäune mit blondgelockten FDJ-Knaben unterhalten. Darunter steht dann etwa: „Er möchte ja so gern mit ihr ein Stück spazierengehen, aber der Schlüssel ist weg. Hat ihn Mutti versteckt?“

Wir wissen nicht, ob Mutti den Schlüssel versteckt hat. Wir wissen nur, daß sich Mutti die Hacken abrennen würde, um solch einen Pullover für ihre Tochter im HO-Kaufhaus zu bekommen, damit diese sich bei der nächsten GST-Schießausbildung keine Lungenentzündung holt. Und der FDJ-Knabe dürfte wenig Zeit zum Spazierengehen haben, weil er von sieben Abenden in der Woche acht für Polit Schulung und anderweitige Veranstaltungen vormerken muß.

So bleibt auch der „Neue Kulturkurs“ der SED ein schlecht beschuhtes Trampelfüßchen, das man täglich durch die sowjetzonalen Rundfunkprogramme latschen hören kann. Und das mühsam durch die neuen, ach so „munteren“ Druckwerke der Sowjetzone wie das „Magazin“ oder die „Wochenpost“ humpelt,

## Pankows Außenhandels-Dilemma

Subventionen für Export — 1954 über 3 Mrd. Ostmark

Berlin (Eigenbericht). Vor dem zweiten Weltkrieg unterschied sich die Außenhandelsverflechtung Mitteleuropas, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, nur unwesentlich von den Verhältnissen in ganz Deutschland. Von den 4,5 Milliarden RM Export, und den 4,25 Milliarden Import entfiel z. B. 1936 je ein knappes Viertel auf den mitteldeutschen Raum. Nach dem Krieg haben sich die Verhältnisse völlig verschoben. Obwohl die Zone durch den Ausfall wichtiger Produktionskapazitäten und die Bevölkerungszunahme viel stärker vom Außenhandel abhängig geworden ist, betragen die Gesamtaußenhandelsumsätze (in Millionen Dollar) 1947 nur 102,7 bei einem Ostblockanteil von 26,5 Prozent, der sich 1950 allerdings schon auf 86,1 Prozent bei 947,0 Umsätzen erweitert hatte. 1953 stieg der Gesamtumsatz auf 1986,4, der Anteil des Ostblocks sank auf 74,9 Prozent.

Die Durchführung dieses Außenhandels wird für die Zone von Jahr zu Jahr teurer, d. h. sie erfordert immer größere staatliche Subventionen, weil die Sowjetzone ihre Waren billig zu den deutschen Stoppreisen von 1944 verkaufen muß (die tatsächlichen Kostenpreise liegen etwa 60 Prozent höher).

## Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere bei Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Perten, Hans Anselm, etwa 38 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Wismar, Mitglied der SED, zuletzt Intendant der meckl. Volksbühnen.
2. Pinkert, zuletzt wohnhaft in Meißen/Sa., 1945 bis 1948 Angehöriger der Kripo, danach Taxibesitzer.
3. Pischel, Margarete, etwa 35 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Riesa/Sa., Mitglied der SED, Mitglied versch. Massenorganisationen, Funktionärin, bis 1949 Angehörige der Volkspolizei, danach Telefonistin beim Fernmeldeamt Riesa.
4. Pittack, Franz, etwa 50 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Düßin, Kr. Hagenow, Mitglied der SED, Mitglied versch. Massenorganisationen, 1. Vors. der SED gewesen, tätig als Neusiedler.
5. Pitzel, Paul, etwa 43 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Jena/Th., Fritz-Reuter-Straße, zuletzt tätig als Laborant bei den Zeiss-Werken,

die Einfuhren aus dem Ostblock aber nach den heutigen Weltmarktpreisen zu bezahlen hat.

In diesem Zusammenhang ist die Festsetzung des „Goldgehalts“ der Ostmark und die darauf basierende Kursrelation von 1 Rubel = 0,55 Ostmark interessant. Wenn sich diese Wechselkurse im Hinblick auf die „Volksdemokratien“ ungehindert auswirken könnten, ergäbe sich die Möglichkeit einer Zunahme des Zonenimports aus dem Ostblock, sofern dessen Verrechnungsbasis der Rubel bleibt. Die Subventionen müßten sich vermindern, da die Aufbesserung des Kurses der Ostmark am Rubel gemessen ein Drittel der alten Kursrelation beträgt.

## Strommangel der Zone

Berlin (Eigenmeldung). Ein starkes Zurückbleiben des Ausbaues der Kraftwerke der sowjetischen Besatzungszone wurde bei einer Besprechung des Wirtschaftsausschusses der Volkskammer im Kraftwerk Elbe in Vockerode festgestellt. Der Plan sah für die Zone im Jahre 1953 die Installierung von 56 000 Kilowatt Kapazität an Stromerzeugungsanlagen, im Jahre 1954 die von 741 000 Kilowatt vor. Einschließlich der Überhänge aus 1953 wurden bis-

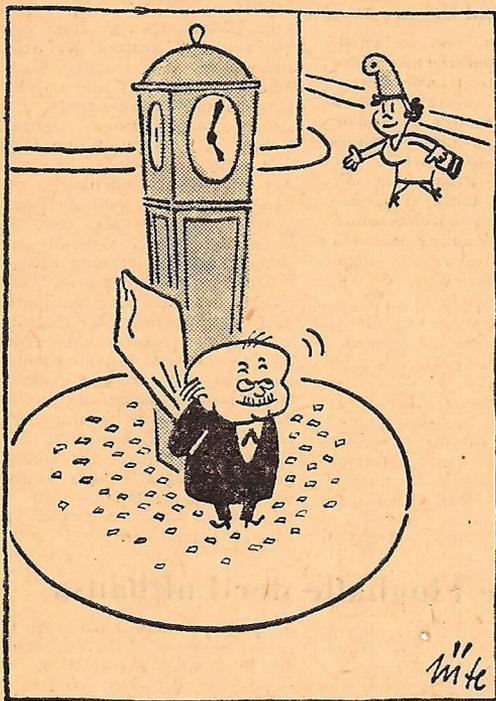
her nur 169 000 Kilowatt probeweise angefahren. In der Besprechung wurde festgestellt, daß die Fertigungstermine immer wieder hinausgeschoben würden. In den Fabriken, die die Maschinen und Kessel produzieren, besonders Bergmann-Borsig in Berlin-Wilhelmsruh und Lokomotiv- und Elektromaschinenwerk Hennigsdorf, komme es immer wieder zu Rückständen.

Viele Einzelheiten in den verschiedenen Werken werden gerügt. Es wird betont, es werde wieder zu Stromabschaltungen im Winter für die Haushalte und die Industrie kommen, wenn der Plan nicht erfüllt werde.

## SED wünscht Einheitsliste

Berlin (Eigenmeldung). Für die Volkskammer-Wahlen am 17. Oktober soll wieder eine Einheitsliste aufgestellt werden. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ hat nachdrücklich die Beibehaltung des sogenannten „Demokratischen Blocks“ der Sowjetzonen-Parteien gefordert, dessen Existenz die Voraussetzung für die Einheitsliste ist. Die SED-Mitglieder werden von ihrer Parteizeitung aufgefordert, alle Störversuche gegen die „Einheitsfront“ des Parteien-Blocks abzuwehren.

## Rendezvous in Genf



## Friedenspalme oder Kaktus?

## Becher im Kreuzfeuer

„Neue Vorschläge zur Erhaltung der Einheit der deutschen Kultur“ hat der sowjetzonalen Kulturminister Johannes R. Becher auf einer Pressekonferenz in Leipzig angekündigt, zu der er die aus Anlaß des Evangelischen Kirchentages anwesenden in- und ausländischen Journalisten eingeladen hatte. Er halte es für wahrscheinlich, daß in nicht zu ferner Zeit die Einführung von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen aus dem Westen in das sowjetisch besetzte Gebiet möglich werde, „abgesehen von einer bestimmten militaristischen Richtung und Schundliteratur“. Ferner denke er an gemeinsame Sendungen aller deutschen Rundfunksender.

Becher versicherte, er werde sich für eine Verminderung der propagandistischen Spruchbän-

der und politischen Parolen einsetzen. Die „Spruchbänder werden einfach im Etat gestrichen, und dann werden sie schon von selbst verschwinden“, sagte er.

Ein Teilnehmer kritisierte den von der DEFA synchronisierten Sowjetfilm „Geschäfte mit dem Tod“, in dem völlig unzutreffende Angaben über Geistliche enthalten seien. Becher gab dem Redner zu, dieser Film sei „unrealistisch“ und „sollte verschwinden“.

Schon am Tag zuvor war Becher auf einem Diskussionsabend so in die Enge getrieben worden, daß er im Kreuzfeuer der Fragen auf einmal die Behauptung aufstellte, alle Sowjetzonenbewohner könnten die westdeutschen Rundfunksender hören. Er sagte weiter, er selbst höre auch den RIAS.

## Nur flüstern ...

## Geheimnisvolle Stadt

Ein Mann kommt in das große HO-Kaufhaus am Alexanderplatz und kauft eine Karte der DDR. Schon am nächsten Tag erscheint er wieder und verlangt eine bessere. „Hier sind ja nicht mal die bedeutendsten Städte der DDR drauf“, grollt er.

Zwei Tage später schmeißt er der Verkäuferin beide Karten auf den Ladentisch. „Geben Sie mir eine Karte von Westdeutschland!“ ruft er. „Ich will nämlich nach Kürze. In Kürze, so hat Ulbricht in seiner letzten Rede gesagt, gibt es Fleisch, Mülleimer, Butter und Eisschränke in Hülle und Fülle. In der DDR kann ich diesen Ort nicht finden. Hab' mir doch gleich gedacht, daß diese Stadt in Westdeutschland liegen muß.“

## Rüffel für Genossen

Berlin (Eigenmeldung). Das Redaktionskollegium des SED-Organs „Märkische Volksstimme“ ist unangenehm aufgefallen: zu einer Belegschaftsversammlung zum Thema „Volksbefragung“ am 25. Juni war nicht ein einziger Redakteur erschienen, nicht einmal der Chefredakteur.

Zur Strafe mußte das Blatt, dessen Redakteure solchen Beweis mangelnder Linientreue geliefert hatten, eine Zuschrift veröffentlichen, in der es u. a. heißt: „Die Redakteure hätten hier, im eigenen Hause, die Möglichkeit gehabt, das, was sie jeden Tag in der Zeitung von den anderen Genossen mit Recht fordern, anzuwenden. Aber weit gefehlt!“

## Diskrete Parteifragen

Berlin (Eigenmeldung). „Warum haben Sie Ihren Mann geheiratet“, „Definieren Sie den Begriff ‚Proletariat‘“, und „Erklären Sie, wofür das in Ihrer Familie vorhandene Geld ausgegeben wurde“, — die Antworten auf solche und ähnliche Fragen sind neuerdings ausschlaggebend bei der Beurteilung von Anwärtern auf Mitgliedschaft in der rumänischen kommunistischen Partei.

## Hurra — hurra

Die Grußformel „Tod dem Faschismus!“ und die Antwort „Freiheit dem Volke!“ ist in der jugoslawischen Armee jetzt abgeschafft worden. In Zukunft grüßt ein Offizier seine Einheit mit den Worten „Genossen Soldaten — hurra!“ Die Mannschaft erwidert „Hurra!“

## Neue alte Städte im Westen

### Wiederaufbau zwischen Vergangenheit und Gegenwart

Die Anstrengungen der westdeutschen Städte, sei es Nürnberg, Frankfurt, Kassel oder Köln, ihren historischen Kern mit dem traditionellen Kolorit der Geschichte wieder aufzubauen und gleichzeitig eine gute Synthese zwischen diesen alten Bauten und den notwendigen modernen Bauten zu finden, sind außerordentlich. Jede der Städte tut es auf eine andere Manier, aber jede bringt wahre Wunder zustande, auch in der Auseinandersetzung mit den künstlerischen Problemen der Rekonstruktion des Alten, das in Schutt und Asche sank, unwiderbringlich verloren schien — und nun doch wiederkommt. Aber dieses Alte bleibt nicht isoliert. In Verbindung mit den neuen Bauten aus Beton, Stahl und Glas wird es zu einem Neuen. Es sind neue, alte Städte, die da entstehen.

Und es sind deutsche Städte. Die deutschen Wolkenkratzer, Beton- und Stahlbürotürme sind keine amerikanischen. Es bleibt ihnen der Schuß von Individualität, die auch mit den neuen technischen Baustoffen fertig wird, nicht nur mit behauenen Sandstein, Fachwerk und barockem Stuck. Der Ring in Köln mit seinen Dutzend modernen Versicherungs-, Verbands- und Bankpalästen z. B. strömt über von Vitalität. Aber er ist kein Fremdkörper in der alten Domstadt. Man kann ihm das Bemühen um Stil und Form nicht bestreiten.

Das Gewagte der zahlreichen Frankfurter Wolkenkratzer erdrückt nicht den Kaiserdom, die alten Kirchen, Türme und Tore. Frankfurt ist die Geldzentrale Deutschlands, Banken und Industrieverwaltungen haben sich hier mächtig niedergelassen. Riesig sind die Büropaläste. Und großartig ist gleichzeitig, wie man das Alte wieder hergestellt hat: Die Paulskirche, das Goethehaus, den Kaiserdom und zum Schluß den Römer, das alte Rathaus der „Freien und Reichsstadt“. Hinter der berühmten roten Fassade des Römers aus Main sandstein erlebt man überrascht, welche neuen Wege man gehen kann: Ein hochmodernes Rathaus findet man, mit weiten Eisenbetontreppen, weiten Vor-

räumen und Sälen. Das Ganze höchst repräsentativ. So ist das Alte gerettet und die Erfordernisse der Gegenwart sind erfüllt.

Kaum eine Stadt ist so zerstört worden wie Kassel. Aus seinen wirklich nicht reichlichen Mitteln baut es dennoch wieder auf. Es sind Zeichen von Lebenswillen, daß hier das schönste moderne Hotel in Deutschland, die schönste

Schule aufgebaut wurden und gerade das modernste deutsche Theater entstehen soll.

In Nürnberg fügt sich der moderne Ausbau der Stadt außerhalb des alten Stadtmauer-Ringes mit der wieder aufgebauten Innenstadt zu einem harmonischen Ganzen. Neben den neuen Wohnblocks und Geschäftshäusern hat man das historische Nürnberg, von dem kaum etwas geblieben war, nicht vergessen. Man hat die alten historischen Gebäude tatsächlich aus dem Nichts wiedergeschaffen. Sankt Lorenz und Sankt Sebald, die Mauthalle, das Weinstadel am Pegnitzufer, das Nassauerhaus, das Heiliggeistspital, das Fembohaus, die Burg und die Stadtmauer stehen wieder da, als ob es nie einen Bombensturm gegeben hätte. Das schöne Renaissance-Rathaus, die Heiliggeistkirche und einiges andere wird wiedererstanden, echt in Werkstein oder Fachwerk, so wie es einmal war.

## Erste Flughalle der Lufthansa

Auf dem Flugplatz Hamburg-Fluhsbüttel wurde das Richtfest der ersten Flugzeughalle für die Lufthansa gefeiert. Die Hälfte der 220 Meter langen und 14,5 Meter hohen Ganzstahlhalle, die das Kernstück der Deutschen Lufthansawerft bilden wird, soll bis 1. August betriebsfertig sein. Sie wird Verkehrsflugzeuge sämtlicher Größen beherbergen können. Für den Bau hatte der Hamburger Senat 14 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

### Jeder 34. Autofahrer

Nach dem neuesten Stand statistischer Unterlagen besitzt jeder 34. Einwohner der Bundesrepublik ein Auto. In den USA sind es dagegen 2,9 Personen, in Großbritannien 14, in Schweden 15, in Frankreich 16,

in Belgien und Luxemburg 17, in der Schweiz 20, in Dänemark 21, in Irland ebenfalls 21, in Norwegen 22 — in Österreich und Italien aber 95 Personen, die mit je einem Kraftwagen „vorlieb“ nehmen müssen.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr;

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.